



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 19. Januar 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein glückliches, gesegnetes und gesundes neues Jahr 2024 und melde mich mit diesem Newsletter wieder zurück. Politisch liegen einige beachtliche Tage hinter uns, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Am vergangenen Samstag erlebten wir ein Novum der ampelregierten Wahlperiode. Trotz der erheblichen handwerklichen Defizite, die ihren Höhepunkt in den Wirren um das Heizungsgesetz fanden, setzte die Ampel ihren Kurs unbeirrt fort. Die gebotene Selbstkritik und aufrichtige Aufarbeitung von Fehlern der Regierungsführung blieben stets aus. Dies änderte sich nur minimal erst am Samstag unter dem Eindruck der berechtigten Proteste aus der Landwirtschaft, denen sich längst andere Berufszweige wie die Handwerker oder Gastronomen angeschlossen hatten. Der Bundeskanzler gestand in seiner wöchentlichen Botschaft Fehler ein und wünschte sich eine Besserung in diesem neuen Jahr.

Die klare Abgrenzung des Bauernverbands von rechtsextremen Vereinnahmungsversuchen und das klare Bekenntnis der allermeisten Bäuerinnen und Bauern zum

demokratischen Verfassungsstaat haben den Charakter der Proteste als legitime Ausübung eines Verfassungsrechts bewahrt. Selbstverständlich lehne ich es ab, was dem Kollegen Robert Habeck in Schlüttsiel passiert ist. Aber diesen Anlass als Beleg für die umfassende Illegitimität der Proteste zu nehmen, halte ich für eine unangemessene und unzutreffende Generalisierung.

In meinem Wahlkreis bekomme ich im ständigen Austausch mit der Landwirtschaft mit, unter welchem Geflecht von Anpassungsdruck, Erzeugerpreisregimen und zunehmender Bürokratie sie zu leiden haben. Die Solidarität mit den Bäuerinnen und Bauern beginnt bei der Anerkennung ihrer essenziellen Leistungen: Sie versorgen uns mit Lebensmitteln, die frisch, qualitativ und immer verfügbar sind.

Darüber hinaus haben wir in dieser Woche im Parlament den Verlust eines der bedeutendsten Staatsmänner in Deutschland betrauert. Wir werden Wolfgang Schäuble vermissen und ihn in Ehren halten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren**
- **Lieferung von TAURUS-Marschflugkörpern an die Ukraine**
- **Unsere Haltung zum Staatsangehörigkeitsrecht**
- **Gute Nachricht der Woche: Tausende demonstrieren gegen Rechts**

## Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren

**D**ie Land- und Forstwirtschaft ist eine Schlüsselbranche mit unverzichtbarem Stellenwert für die Ernährungssicherung. Das Leben in den ländlichen Regionen ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Jeder zehnte Arbeitsplatz in Deutschland ist mit der Landwirtschaft verknüpft. Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft befindet sich aktuell, wie auch andere Wirtschaftszweige, in der Krise. Doch anstatt unsere Landwirtschaft zu unterstützen wird die Bundesregierung sie schwächen: Die geplanten Steuererhöhungen sind ein Schlag ins Gesicht. Wir verstehen ihren Protest und stehen solidarisch an ihrer Seite.

**Standpunkt:** Die Ampel muss die geplanten Steuererhöhungen für die Landwirtschaft zunächst vollständig zurückziehen. Neben der Zurücknahme der inakzeptablen finanziellen Mehrbelastungen, die die Bundesregierung den Bauern aufbürdet, ist darüber hinaus eine grundsätzlich andere Agrarpolitik erforderlich. Dazu braucht es eine neue Kultur der Anerkennung gegenüber der Leistung der Landwirte. Es braucht endlich ein Bewusstsein dafür, dass jede Regulierung, jede Vorschrift und jede Auflage mit einschneidenden Konsequenzen für die tägliche harte Arbeit unserer Landwirte verbunden ist. Es braucht vor allem ein Belastungsmoratorium. •

## TAURUS-Marschflugkörpern an die Ukraine

**D**ie Ukraine widersetzt sich mit internationaler Unterstützung seit fast zwei Jahren in einem aufopferungsvollen Verteidigungskampf der russischen Aggression. Russland nimmt vorsätzlich hohe eigene Verluste in Kauf und terrorisiert gezielt die ukrainische Bevölkerung. Die russischen Streitkräfte stützen sich auf eine zunehmend auf Kriegswirtschaft umgestellte Industrie und nutzen das besetzte ukrainische Hinterland weitestgehend ungefährdet als logistische Basis. Nur dadurch werden die Versorgung der russischen Truppen und deren Angriffe erst ermöglicht.

**Standpunkt:** Der Ukraine mangelt es an ausreichend Material die russischen Versorgungslinien, Führungseinrichtungen, Stellungen weitreichender Waffensysteme und die logistischen Strukturen gezielt angreifen zu können. Doch nur mit dem richtigen Material kann die Ukraine diesen Krieg gewinnen. Angesichts der prekären militärischen Lage der Ukraine müssen die Anstrengungen zur Ausrüstung der Ukraine sofort deutlich verstärkt werden. Dazu zählt eine unverzügliche Lieferung von Marschflugkörpern vom Typ TAURUS aus Beständen der Bundeswehr. Parallel hierzu muss eine Nachbeschaffung des abgegebenen Materials eingeleitet werden. •

## Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts.

**D**ie Ampelkoalition will in dieser Sitzungswoche den Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts beschließen. Im Kern geht es der Koalition darum, die Einbürgerungsvoraussetzungen abzusenken. Die wichtigsten vorgesehenen Änderungen betreffen die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit, Absenkung des nachzuweisenden Sprachniveaus und das Zulassen des Doppelpasses.

**Standpunkt:** *Die Einbürgerung ist Ergebnis und nicht Beginn gelungener Integration. Wir freuen uns, wenn Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach gelungener Integration Deutsche werden möchten. Wir freuen uns, wenn sie auf diesem Wege ein klares Bekenntnis zu Deutschland abgeben. Der Gesetzentwurf der Ampel genügt diesem Anspruch jedoch nur eingeschränkt. Insbesondere sehen wir die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit kritisch. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Integrationsanreiz. Echte Integration braucht Zeit. Es ist positiv, dass die Ampel-Koalition mit dem Bekenntnis zum Schutz jüdischen Lebens und friedlichen Zusammenleben der Völker eine konkrete Forderung der Union teilweise aufgegriffen hat. Die Regelung geht aber nicht weit genug: Das von uns geforderte ausdrückliche Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel wird nicht umgesetzt.* •

## Trauer um Wolfgang Schäuble.

**A**bseits des üblichen Plenararbeits und der politischen Großwetterlage haben wir diese Woche innegehalten. Wir gedachten Wolfgang Schäuble, der Ende Dezember im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Neben seiner über 50-jährigen Rekordmitgliedschaft im Deutschen Bundestag wirkte er über die Jahrzehnte an vielen entscheidenden Stellen des Regierungsapparats mit. Als Kanzleramts- und Innenminister unter Helmut Kohl gestaltete er maßgeblich die Deutsche Einheit mit und prägte als Bundestagspräsident in der vergangenen Wahlperiode maßgeblich unsere Debattenkultur. Gerne erinnere ich mich an meine erste Wahlperiode zurück, als ich als Mitglied des Finanzausschusses das Privileg hatte, mit ihm als damaligem Finanzminister gut und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Am kommenden Montag ehren wir den großen Politiker mit einem Staatsakt im Berliner Dom und im Deutschen Bundestag.

Ruhen Sie in Frieden, lieber Wolfgang Schäuble! •

## Boris Rhein startet in zweite Amtszeit.

**M**it starkem Rückenwind startet die Hessen-CDU in die neue Legislaturperiode des Hessischen Landtags. Am Donnerstag nahm auch die neue Landesregierung aus CDU und SPD (eine Hessenpremiere!) ihre Arbeit auf. Mit einem starken Ergebnis wählten die Abgeordneten Boris Rhein erneut zum Ministerpräsidenten unseres Heimatlandes, der im Anschluss seinem Kabinett die Ernennungsurkunden überreichte. Ganz besonders freue ich mich über die Ernennung meiner bisherigen Bundestagskollegen Ingmar Jung zum Landwirtschafts- und Umweltminister sowie Armin Schwarz zum Bildungsminister. Auf SPD-Seite wird auch Katrin Hechler als Staatssekretärin im Sozialministerium angehören, die bislang hauptamtliche Beigeordnete im Hochtaunuskreis wirkte. Allen Gewählten und Ernannten gratuliere ich herzlich und wünsche ein glückliches Händchen bei der Amtsführung. •

## Die gute Nachricht der Woche Tausende demonstrieren gegen Rechts.

**I**n vielen deutschen Städten, u.a. Berlin, Leipzig und Köln, wurde in dieser Woche bei Demonstrationen ein starkes Zeichen gegen rechts gesetzt. Auslöser waren die zuletzt veröffentlichten Recherchen eines Treffens u.a. von Mitgliedern der AfD, der Wertunion, Identitären Bewegung und anderer Rechtsextremen. Dort wurden Geheimpläne besprochen, Millionen Menschen aus Deutschland zu vertreiben, darunter Asylbewerber und Deutsche mit Migrationshintergrund.

Ich bin froh und finde es ermutigend, dass so viele Menschen auf die Straße gegangen sind, um ihre Sorge und ihren Widerstand gegen das Erstarken rechtsextremer Kräfte in unserem Land zum Ausdruck zu bringen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe – als Parteien der demokratischen Mitte und als Gesellschaft – diesem menschenverachtenden Gedankengut entschlossen die Stirn zu bieten! •